

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 23. Mai 2022 in Brüssel

Am 23. Mai 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Vorbereitung für den außerordentlichen Europäischen Rat am 30./31. Mai 2022: Schlussfolgerungen, die Vorbereitung für den Europäischen Rat am 23./24. Juni 2022: Tagesordnung, die Konferenz zur Zukunft Europas und die Werte der Union in Ungarn.

Vorbereitung der Tagung des außerordentlichen Europäischen Rates am 30./31. Mai 2022: Schlussfolgerungen

Es fand ein Austausch zu den Schlussfolgerungen für den außerordentlichen ER am 30./31. Mai 2022 statt. Im Fokus der Diskussion lagen einerseits die Ukraine und andererseits die Herausforderungen im Energiebereich sowie die Frage der besseren Koordinierung im Verteidigungsbereich. Darüber hinaus wurde über die globale Ernährungssicherheit gesprochen.

Zum Thema Ukraine wies ich nachdrücklich darauf hin, wie wichtig es ist, dass die EU gegenüber Russland geschlossen bleibt, insbesondere in Hinblick auf das sechste Sanktionenpaket. Außerdem erwähnte ich, dass jetzt ein Waffenstillstand, der Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine und Friedensgespräche das Gebot der Stunde sind.

Zu den Herausforderungen im Bereich Ernährungssicherheit, habe ich hervorgehoben, dass Österreich bereits über EUR 80 Mio. an humanitärer Hilfe für die Ukraine und besonders betroffene Länder geleistet hat und ich wies darauf hin, dass „grüne Korridore“ unabdinglich für den Weizenexport aus der Ukraine sind.

Zum Thema Verteidigung drückte ich meine Unterstützung für die Implementierung des Strategischen Kompasses aus und wies auf seine Rolle als wichtiges Instrument im Bereich der Sicherheit und Verteidigung der Europäischen Union hin.

Abschließend hob ich bezugnehmend auf den Energiebereich die Bedeutung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sowie die Diversifizierung von Energierouten und -quellen hervor und betonte, dass Kernenergie aus österreichischer Sicht keine sichere und nachhaltige Energietechnologie darstellt.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 23./24. Juni 2022: Entwurf der annotierten Tagesordnung

Der französische Ratsvorsitz wies eingangs auf den Entwurf der annotierten Tagesordnung sowie auf das am 23. Juni 2022 stattfindende Treffen der Staats- und Regierungschefs mit den Westbalkanstaaten hin.

Bezugnehmend auf die EU Beitrittsansuchen der Ukraine, Moldau und Georgien verwies ich auf die noch ausstehenden Stellungnahmen der Europäischen Kommission und betonte die Dringlichkeit der Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans. Ich sprach mich klar gegen unterschiedliche Klassen an Beitrittskandidaten aus und wies darauf hin, dass der Krieg in der Ukraine auch Auswirkungen auf den Westbalkan hat. Zudem hob ich hervor, dass die Regierungskonferenzen mit Albanien und Nordmazedonien, der Beitrittskandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für den Kosovo von großer Bedeutung sind.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der französische Vorsitz informierte, dass ein informeller Austausch der Ministerinnen und Minister zur Zukunftskonferenz im Rahmen des gemeinsamen Mittagsessens stattgefunden hat und die Frage der konkreten weiteren Schritte sowie Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Juni beim nächsten Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 21. Juni 2022 erneut behandelt werden.

Werte der Union in Ungarn: Artikel 7 Absatz 1 EUV

Einleitend verwies Ungarn auf das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 3. April 2022, die zeigen würden, dass die Wählerinnen und Wähler die Arbeit der Regierungspartei befürworten. Zudem würde das Artikel 7-Verfahren spaltend wirken und sei inhaltlich

überholt. Im Anschluss informierten die Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová und Justiz-Kommissar Didier Reynders über die rezenten Entwicklungen seit dem letzten Sachstandsbericht in Bezug auf das Artikel 7-Verfahren betreffend Ungarn.

In der anschließenden Diskussion dankte ich Ungarn für die umfangreichen Ausführungen und erkundigte mich zu Richterernennungen sowie zu Maßnahmen, die nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Baka gegen Ungarn ergriffen wurden.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

22. Juli 2022

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin